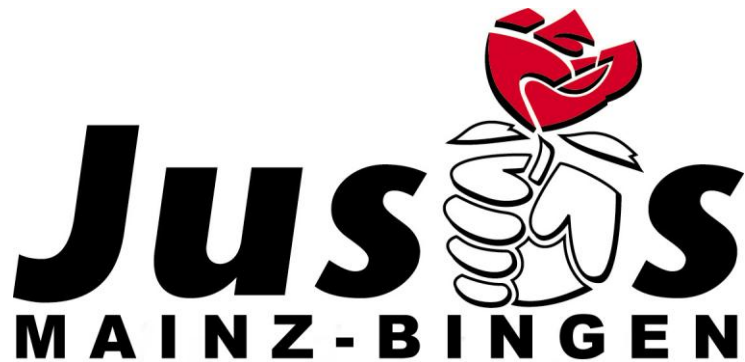


Anträge der



zur Juso Landeskonferenz Rheinland-Pfalz

24. – 25. September in Ingelheim

Inhalt

Homophobie verhindern: Für mehr Akzeptanz an Schulen	2
Es gibt ein „Leben“ nach dem Tod: Organspenden fördern und ethische Fragen behandeln.....	3
Ausweisungspolitik reformieren.....	5
Keine halben Sachen – Echte Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe.....	7

Homophobie verhindern: Für mehr Akzeptanz an Schulen

Antragssteller: Jusos Mainz-Bingen

Adressaten: SPD Landesvorstand RLP, SPD Landesparteitag RLP

Die Juso Landeskonferenz möge beschließen:

Die Jusos Rheinland-Pfalz werden im kommenden Landesvorstandsjahr 2011/12 eine Kampagne gegen Homophobie an Schulen führen.

Dabei sollen insbesondere folgende Punkte Beachtung finden:

- Es soll Informationsmaterial entwickelt werden, das sich inhaltlich mit dem Thema LGBT und Homophobie, insbesondere an Schulen beschäftigt (z. B. eine Informationsbroschüre oder Flyer), aber auch solches, das plakativ auf das Thema aufmerksam macht (z. B. Sticker, Postkarten o. ä.)
- Die Jusos Rheinland-Pfalz werden sich dafür einsetzen, dass die SPD Rheinland-Pfalz sich für die Behandlung homosexueller Lebensweisen (eingetragene Lebenspartnerschaften, Regenbogenfamilien) fächerübergreifend in der Schule (Sozialkunde, Biologie, Religion usw.) ausspricht.
- Die Jusos RLP werden bei dieser Kampagne die Vernetzung mit SchLAu RLP (Schwul Lesbische Aufklärung in RLP), QueerNet RLP und dem LSVD RLP (Lesben und Schwulenverband in RLP) suchen, die bereits viel zu diesem Thema veranstaltet und herausgegeben haben.
- Es sollen eine oder Informationsveranstaltungen geben. Diese sind nach Ermessen entweder zentral oder direkt an den Schulen zu veranstalten.

Begründung:

An den Schulen herrschen oft viele Vorurteile gegenüber Homo-, Bisexuellen oder Transgender. „Du Schwuchtel“ oder „Wie schwul ist das denn“ sind längst gängige Phrasen von Schülern. Diese Ausdrücke sind oft unüberlegt und es ist nicht davon auszugehen, dass in den meisten Fällen tatsächlich Homophobie oder Hass auf Homosexuelle vorliegt. Dennoch ist es beunruhigend, dass alles Schlechte mit einer Minderheit assoziiert wird und dies sogar gar nicht mehr bemerkt wird.

Homosexuelle und Bisexuelle Schüler finden sich somit in einem Umfeld wieder, in dem sie Homosexualität als etwas schlechtes, ungewolltes, unnatürliches oder unnormales wahrnehmen müssen.

Auch bestimmen viele Vorurteile das Bild von Homosexuellen, Bisexuellen oder Transgender. Klischees und Voreingenommenheit dominiert die Vorstellung homosexueller Lebensweisen. Dass diese Vorurteile der Realität meist nicht entsprechen ist auf die Unwissenheit und die mangelnde Aufklärung zurückzuführen. Daher ist es wichtig, dass wir auf das Thema aufmerksam machen, es offen ansprechen und so normal damit umgehen, wie die Betroffenen nunmal auch sind.

Es gibt ein „Leben“ nach dem Tod: Organspenden fördern und ethische Fragen behandeln

Antragssteller: Jusos Mainz-Bingen

Adressaten: SPD-Bundestagsfraktion

Die Juso Landeskonferenz möge beschließen:

Viele Probleme in der Bundesrepublik Deutschland, die mit dem Tod, der Zeit davor und danach verbunden sind, sind immer noch nicht gelöst.

Egal ob Patientenverfügung, Sterbehilfe oder Organspende: Bei vielen Themen herrscht noch großer Handlungsbedarf.

Wir fordern

Wir fordern, dass sich die SPD dafür einsetzt, dass bei jeder Beantragung eines Personalausweises oder Führerscheins ein Organspendeausweis ausgeteilt wird und vor Ort ausreichendes Informationsmaterial zur Verfügung steht.

Solche Maßnahmen sollten von einem ständigen Bundestagsausschuss beraten werden, der sich mit ethischen Fragen rund um das Leben und damit verbunden auch den Tod beschäftigt und Lösungen findet, die schon zu lange gefehlt haben. Wir dürfen nicht zulassen, dass Grauzonen der Gesetzesgrundlagen ausgenutzt werden, um damit Geld zu verdienen, sondern müssen uns dafür einsetzen, dass diese Grauzonen verschwinden und in unserem Land klare Verhältnisse bestehen zu einem schwer verhandelbaren, aber dennoch wichtigen Thema, nämlich der Ethik.

Debatten wie die über die Präimplantationsdiagnostik dürfen nicht von Richtern angestoßen werden, sondern müssen in einem Ethikausschuss des Bundestages debattiert werden.

Begründung:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“

Artikel 1 unseres Grundgesetzes besagt, nichts darf die Würde eines anderen Menschen angreifen oder verletzen. Doch viele Patienten von unheilbaren und furchtbaren Krankheiten wie Krebs oder Demenz fühlen sich genau so: Angegriffen in ihrer Würde in einem Leben, das sich meist nur noch um ein Pflegebett dreht.

Viele Patienten sehen das Geschenk Leben in diesen Zeiten, die nur durch den Tod beendet werden, als qualvoll und nicht mehr lebenswert an. Für sie müssen Perspektiven geschaffen werden, die ihnen Hoffnung geben, wieder selbst über ihr Leben bestimmen zu können, und daran nicht an Gesetzen behindert zu werden. Diese Perspektiven können hingehen bis zur aktiven Sterbehilfe, wie sie schon in einigen europäischen Nationen praktiziert wird, und die auch von Bundesbürgern genutzt werden.

Organspende-Hoffnung für Tausende

Jedes Jahr benötigen 12500 Menschen in Europa eine Organspende. Doch nur 3500 Organe werden jedes Jahr von Toten gespendet, da diese zu Lebzeiten einen Organspendeausweis

ausgefüllt haben. Laut einer Umfrage der TKK würden sich knapp 50% aller Deutschen unter Umständen einen Organspendeausweis zulegen, fühlen sich jedoch unzureichend informiert. Wir glauben, dass sich mit zunehmender Aufklärung auch mehr Spender finden lassen. Diese Aufklärung kann dadurch erreicht werden, dass bei Beantragung eines Personalausweis oder Führerschein eine Infobroschüre der BZgA beigelegt wird, um den jeweiligen Antragsteller besser zu informieren.

Ausweisungspolitik reformieren

Antragssteller: Jusos Mainz-Bingen

Adressaten: Landesvorstand, Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundesvorstand, PES

Die Jusos Rheinland-Pfalz fordern:

1. Die aktuelle Ausweise- und Abschiebep Praxis in Deutschland und in der EU muss ausgesetzt werden. Die momentan im Abschiebeprozess befindlichen Menschen dürfen nicht mehr abgeschoben werden.
2. Es muss ein bleibendes Aufenthaltsrecht für alle Menschen geben, die in Deutschland oder in der EU leben wollen.
3. Die SPD und die PES sollen sich dafür einsetzen, dass die Landes- Bundes- und Europapolitik für aktive Integration einsetzt. Dabei ist auf alle Bereiche des Privaten und Gesellschaftlichen(Arbeit, Bildung, Religion) Rücksicht zu nehmen.

Begründung:

Die neue rheinland-pfälzische Landesregierung hat im Koalitionsvertrag die Abschiebepolitik auf den Prüfstand gestellt. So sollen auch die beiden rheinland-pfälzischen Gewahrsamseinrichtungen für Ausreisepflichtige in Ingelheim und Trier geschlossen werden. Dies wollen wir zum Anlass nehmen, das System der Abschiebung generell zu reformieren.

Die Ausweisung bezeichnet die Aufforderung des Staates gegenüber Ausländern ohne Aufenthaltstrecht, das Land zu verlassen. Dieses Aufenthaltsrecht kann verwirkt werden durch den Ablauf einer zeitlich begrenzten Aufenthaltsgenehmigung, aber auch durch Begehen einer Straftat.

Verlässt eine ausgewiesene Person nicht freiwillig das Land, kommt es zur Abschiebung. Im Falle einer Abschiebung kann per richterlichem Beschluss eine Abschiebehaft bis zu 18 Monaten angeordnet werden. Im Jahr 2006 wurden 13894 Personen abgeschoben.

Die derzeitige Ausweisungspolitik ist menschenunwürdig. Der Prozess der Abschiebung ist Eingriff in die Rechte und Freiheit der Betroffenen. Diese Eingriffe bedürfen einer starken Begründung. Eine solche Begründung gibt es nicht. Die Zugehörigkeit zu einer Nationalität ist zufällig. Das Auswahlverfahren erfolgt durch eine Art Geburtenlotterie. Daraus wo ein Mensch geboren wurde seine Rechte in einem Land abzuleiten ist schlichtweg falsch. Außerdem zeigen die Zahlen der letzten Jahre deutlich, dass die Zahl derer, die in Deutschland leben wollen und ausgewiesen weder sozial noch wirtschaftlich ein Problem für die Bundesrepublik darstellen. Deshalb fordern wir eine grundlegende Reform der Gesetzgebung, die die Ausweisung von Ausländern betrifft.

Um Problemen, die durch Zuwanderung entstehen können, entgegenzuwirken sind andere Instrumente angebracht. Die Politik soll Integration noch stärker als bisher unterstützen. Die Immigranten, die in Deutschland leben, brauchen Möglichkeiten zu echter Integration in Gesellschaft, Bildung und Beruf. Sie brauchen sie um ein erfülltes Leben zu haben und um ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft zu werden.

Keine halben Sachen – Echte Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe

Antragssteller: Jusos Mainz-Bingen

Adressaten: SPD-Bundestagsfraktion

Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

Solange die Institution der Ehe besteht, fordern wir eine echte Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften, mit dieser.

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion daher auf, sich dafür einzusetzen, dass die eingetragene Lebenspartnerschaft in ausnahmslos allen Bereichen, in dem es eine rechtliche Regelung für Ehepaare gibt, diese um die eingetragene Lebenspartnerschaft zu ergänzen.

Wir fordern die Ergänzung des Artikels 6, GG um den Punkt der eingetragenen Lebenspartnerschaft, damit diese unter den selben besonderen Schutz der Verfassung fällt, wie die Ehe.

Begründung:

Wir wollen beispielsweise die uneingeschränkte Gleichstellung im Einkommenssteuergesetz. Paare die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, sollen die gleichen Rechte und Pflichten bekommen, wie Ehepaare. Darüber hinaus die Gleichstellung beim Beamtenrecht, Erbrecht und Versicherungsrecht so sollen Paare, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, bspw. auch ein Anrecht auf den Familienzuschlag bekommen. Im vergangenen Jahr hat das Bundesverfassungsgericht die steuerliche Ungleichbehandlung bei eingetragenen Lebenspartnerschaften gegenüber Eheleuten für verfassungswidrig erklärt.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Gleichbehandlung in Deutschland von Gerichten angeordnet werden muss. Wir fordern die Politik auf dies zu tun. Das Gesetz zur eingetragenen Lebenspartnerschaft war ein richtiger Schritt der rot-grünen Bundesregierung zur Anerkennung homosexueller Lebenspartnerschaften und ein richtiger Schritt weg von der Diskriminierung Homosexueller. Wir dürfen es allerdings nicht zulassen, dass der Staat gesetzliche Unterschiede zwischen der eingetragenen Lebenspartnerschaft und der Ehe setzt. Die Tatsache, dass gemischtgeschlechtliche Ehepartner noch immer mehr Rechte haben, als gleichgeschlechtliche, ist falsch und diskriminierend.